Nummer 334 — Halle, Dienstag, den 28. November 1922 — 57. Jahrgang
Einzelpreis: Zehn Mark

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint an jedem Werktage nachmittags. Die Bezugs-Gebühr des Blattes beträgt in Stadt und Land 190.00 Mark, durch die Post bei freier Zustellung monatlich M. mark 190.00, in den Ausgabestellen abgeholt M. mark 180.00 monatlich. Die achtspaltige Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Erscheinorte M. mark 12.00, im auswärtigen Verkehr M. mark 15.00. Reklamen die Millimeter-Zeile M. mark 40.00 im Erscheinorte und Mark 50.00 im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Zehn Uhr vormittags.

Geschäfts-Gebäude: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher-Hauszentrale: Sammel-Nummern 1140 und 1142. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 94. Draht-Anschrift: „Saalezeitung Saalesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Heinrich Giesecke, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 25815. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Bezugskündigungen sind stets nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig.

Bedrohliche Nachrichten aus Frankreich.

Vor der Besetzung des Ruhrgebiets? / Die Krisis in Lausanne.
Der Dollar steigt weiter. / Erhöhung der Personentarife.

Pfänder: Rhein und Ruhr.

Paris, 28. November. (Eig. Drahtmeldung.) Die Pariser Presse veröffentlicht über den Verlauf des gestrigen Ministerrats eine offiziöse Note, in der es u. a. heißt: Da die Brüsseler Konferenz vielleicht nicht stattfinden oder möglicherweise ergebnislos schließen wird, weil sich der deutsche Reichstag einmütig hinter den Reichskanzler Cuno gestellt habe, der die Note Dr. Wirths billigt, d. h. also dafür eintritt, daß Deutschland sich der Reparationsverpflichtung entziehe, so begreift man, daß Frankreich untersuchen müsse, welche Mittel es anwenden könne, um die Reparationszahlungen eintreiben zu können. Als Maßnahmen, die dafür in Betracht kommen, werden folgende bezeichnet: 1. Eine Verstärkung der Besatzung bzw. Beschlanahme der rheinischen Gebiete, die zurzeit von Frankreich besetzt sind, und die namentlich in der Form geschehen könnte, daß man deutsche Beamte durch französische ersetzt. 2. Besetzung von zwei Dritteln des Ruhrgebietes, einschließlich von Essen und Bochum, wodurch man die Lieferung der deutschen Reparationskohle und des metallurgischen Koks für die französische Industrie beschlagnahmen könnte. — Diese in der heutigen Morgenpresse mitgeteilten, vom gestrigen Ministerrat besprochenen Maßnahmen gegen Deutschland werden, dem „Echo de Paris" zufolge, heute mittag weiter den Ministerrat beschäftigen. Dem genannten Blatte zufolge sollen die Maßnahmen von dem gestrigen Ministerrat gebilligt worden sein, so daß Poincaré von jetzt an von den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln Gebrauch machen könne, um die wichtigen Entscheidungen zu treffen, von denen zum Teil Frankreichs Zukunft abhänge. Der Pariser „Times"-Korrespondent glaubt zu wissen, daß die englischen Vertreter in der Reparationskommission jetzt grundsätzlich nichts mehr gegen die französische Forderung nach produktiven Garantien einzuwenden hätten. Wenn der Plan, den Poincaré der letzten Londoner Konferenz unterbreitet hatte, in einigen Punkten abgeändert werde, sei es wahrscheinlich, daß England sich seiner Ausführung nicht mehr widersetzt.

Paris, 28. November. (Eigene Drahtmeldung.) Es ist für die herrschende allgemeine Stimmung bezeichnend, daß in den Wandelgängen der Kammer gestern nachmittag, wie der „Eclair" berichtet, das Gerücht umging, der Vormarsch ins Ruhrgebiet sei schon für heute nacht geplant. Das ist natürlich völliger Unsinn. Die Morgenblätter heben hervor, daß die ins Auge gefaßten Maßnahmen erst im Januar zur Ausführung kommen sollen.

*

Die oben wiedergegebenen bedrohlichen Meldungen aus Frankreichs Hauptstadt fallen zeitlich zusammen mit einer anderen französischen amtlichen Erklärung: Der halbamtliche deutschen Nachrichtenbureau der Verbrechungsämter, die sich der französische Ministerpräsident Poincaré kürzlich in der Kammer deutschen Zuständen gegenüber erlaubt hat, folgt jetzt eine offiziöse Erwiderung der Havas-Agentur, in der alte Beweismittel mit weltumstoßender Geste zur Verteidigung der Poincaréschen Behauptungen aufgeführt werden. Sich immer wieder mit ihnen einzeln zu befassen, ist eine unbandbare und zuletzt auch ermüdende Anstrengung; so wie die Lügen der amtlichen französischen Stellen bereits der großen Masse des französischen Volkes in Fleisch und Blut übergegangen sind, so kennt bei uns schon jeder einigermaßen begriffsfähige Zeitungsleser aus langjähriger Lektüre die Art und Weise, mit der jene Lügen von hier aus immer niedergeschlagen werden müssen. Aber ein Abschnitt in der Havas-Auslassung verdient besonderer Umstände halber näher ins Licht gezogen zu werden, nämlich jener Abschnitt, der sich mit der angeblichen Lüge und Macht der deutschen Industrie beschäftigt. Hierüber stellt die Havasnote folgende Behauptungen auf: „Ein Land, das die Wiederherstellung seines industriellen Materials, die Vergrößerung seiner Fabriken, die Rekonstruktion seiner Arbeitsstätten und den Bau neuer Wohnhäuser (in den Berliner Vororten werden die meisten Neubauten von Villen von Ausländern in Auftrag gegeben!) durchführte wie den Wiederaufbau seiner Handelsflotte und die Vergrößerung seiner Häfen, könne nicht zu gleicher Zeit von seinem Elend sprechen! Die Verstärkung der deutschen wirtschaftlichen Ausrüstung sei unleugbar." Weiter: „Wenn die Verschwendungssucht eine Verarmung des deutschen Staates und vielleicht (!) der Mehrheit des deutschen Volkes herbeigeführt habe, so habe sie die Lage der deutschen Industrie gestärkt und eine kräftige deutsche Industrie in dem abscheulich verarmten Lande geschaffen."

Das alles nennt die Havasnote unbestreitbare Tatsachen, gegen die keine Dialektik aufkommen könne! Umgekehrt natürlich wird erst ein Schuh daraus, und man darf erwarten, daß die Reichsregierung der Dialektik dieser entstellenden Schilderungen mit der klaren Aufzählung all der vielfältigen Tatsachen entgegnen wird, die die deutsche Wirtschaft und die deutsche Industrie mit zwingender, unwiderstehlicher Gewalt in jenen Zustand der Scheinblüte getrieben haben, wenn ja auch der neue, selbst aus der Wirtschaft hervorgegangene Reichskanzler Dr. Cuno in seiner Programmrede sehr beachtenswerte sachliche Sätze gewidmet hat. Die Bedingungen aufzuzeigen, die Verschwendungssucht habe in Deutschland eine kräftige Industrie geschaffen, setzt doch geradezu eine blühende Naivität der Beobachtung voraus! Diese Auslassen der französischen Telegraphenagentur müssen aber deshalb ein ganz besonderes Interesse in Anspruch nehmen, weil sie zeitlich fern zusammenfallen mit französischen Pressemeldungen über Unterredungen, die während seines Berliner Aufenthaltes der Vorsitzende der Reparations-Kommission Barthou angeblich mit führenden deutschen Industriellen gehabt hat, wo in denen diese deutschen Wirtschaftsführer die Möglichkeit nicht nur, sondern sogar die Bereitschaft der deutschen Industrie erklärt haben sollen, eine Anleihe mit 40 bis 50 Millionen Goldmark garantieren zu wollen. Dieser Nonsens, der zu nur allzu durchsichtigen Zwecken in die Welt gesetzt wird, um der neuen Regierung auch von außen her das an und für sich so wenig freudvolle Leben zu erschweren, findet seine Gläubigen ebenso wie die Havasnote, und rein psychologisch berechnend, wird auf diese Art schon bewirkt, daß vor der immer wieder hinausgeschobenen Brüsseler Konferenz die Verhetzungsanklage gegen Deutschland vorbereitet, die dem heute angekündigten Aufmarsch neuer Gewaltpolitik und neuer Sanktionen einen bloßen Anschein von Recht verleihen soll.

Um die Brüsseler Konferenz.

Paris, 27. September. (Eig. Drahtmeldung.) Aus London wird jetzt offiziell bestätigt, daß die vom Quai d'Orsay an die englische Regierung gerichtete Einladung, die Brüsseler Konferenz Mitte Dezember zu eröffnen, und vor ihrem Zusammentritt an einer Vorbesprechung der vier Ministerpräsidenten Englands, Frankreichs, Italiens und Belgiens teilzunehmen, eingetroffen ist. Diese Einladung war verzögert worden, da sie an Lord Curzon gerichtet worden war und infolgedessen erst nach Lausanne ging, von wo sie nach Lausanne weitergegeben wurde.

Offiziös wird in Paris noch immer behauptet, daß die Finanzkonferenz in Brüssel am 15. Dezember beginnen soll. Aber es gehört schon ein gutes Maß von Optimismus dazu, daran zu glauben. Denn vorläufig ist es noch nicht einmal sicher, ob und wann die Brüsseler Vorkonferenz beginnen wird, die erst die Grundlagen der späteren Konferenz schaffen soll. Etwas Sicheres über die in Paris gepflogenen Vorverhandlungen dazu weiß man nicht. Nur eines weiß man, daß die Sache nicht vom Fleck kommt, weil Herr Poincaré sich wie üblich gegen alle anderen auf die Hinterfüße setzt. Herr Morgan ist verärgert über den großen Teich zurückgefahren, weil er mit Poincarés Diktatorischkeit, die er selbst erst wieder bei der Entfüllung eines Kriegsdenkmals in Boulogne von neuem bewies, keine Verständigungsmöglichkeit sah. Die belgische Regierung nimmt ebenfalls eine grundsätzlich andere Stellung ein als Poincaré und neigt dem Standpunkte der Herren Wissering und Dubois zu. Auch das englische Kabinett soll geneigt sein, die deutschen Verpflichtungen zu erleichtern, und deshalb gewisse Punkte der Lausanner zu revidieren. Unbekümmert um all das aber singt Herr Poincaré das alte Sanktionenlied: er möchte wohl die Ruhrgebiet haben, lehnt aber das Moratorium ohne Zwangspolitik und Pfänder ab. Da er zudem in eine Vermindernung der deutschen Schulden nur willigen will, wenn England die französischen Schulden streicht, die Engländer vorher aber sich mit Amerika als ihrem Gläubiger einigen wollen, so dreht man sich weiter in dem alten verhängnisvollen Kreise. Vielleicht wird es Herrn Poincaré gelingen, wie er in Boulogny sagte, „die neue Wirklichkeit den Widerstrebenden aufzuzwingen". Nur wird Frankreich dadurch erst recht nicht zu Geld kommen.

Die Schwierigkeiten in Lausanne.

Lausanne, 28. November. (Eig. Drahtmeldung.) Infolge der zwischen einzelnen Delegationen entstandenen Differenzen ist auf der Lausanner Konferenz ein Stillstand eingetreten: man spricht von einer Vertagung der Sitzungen. Die Russen drohen die Konferenz zu verlassen, falls sie nicht an allen Sitzungen teilnehmen dürften. Rakowski hat an den Präsidenten der Lausanner Konferenz eine Note gerichtet, in der er die sofortige Zulassung Rußlands an den Arbeiten der Konferenz fordert. Auf diese Note werden die einladenden Mächte antworten, daß die russische Delegation zu jeder Frage, die Rußlands Interessen berührt, eingeladen werden soll. Die anderen Fragen sollen dagegen in Abwesenheit der russischen Deelgation behandelt werden. — Der amerikanische Botschafter wird, wie von amerikanischer Seite mitgeteilt wird, noch vor der offiziellen Behandlung der Meerengenfrage eine Erklärung der amerikanischen Regierung abgeben, in der er die Ansichten des amerikanischen Staatsdepartements über die Regelung der Dardanellenfrage bekanntgeben wird.

In amerikanischen Kreisen Berlins gibt man dem Erstaunen Ausdruck, daß die Berichte der Presse über die Konferenz in Lausanne die große Bedeutung des amerikanischen Schrittes nicht erkennen lassen. Nach offiziellen Mitteilungen aus Washington habe die amerikanische Regierung durch ihre Erklärung auf der Konferenz in Lausanne alle Nationen ein, eine neue politische Doktrin zu unterstützen, die dahin geht, Annektionsbestrebungen auf fremde Gebiete, wie auch andere besondere Privilegien auf fremden Boden auszuschalten, um auf diese Weise einen Weg zur Stabilisierung des Friedens zu finden. In Neuyorker Kreisen läßt man keinen Zweifel darüber, daß dieser Schritt der Vereinigten Staaten eine Herausforderung des Imperialistischen Systems bedeutet. Demgegenüber verlautet aus sicherer Quelle, daß die englische Delegation bezüglich der Frage von Mossul kategorisch erklärt habe, England betrachte diese Frage als endgültig gelöst, d. h. daß Mossul eine englische Einflußzone bleiben müsse.

Rußland und die Konferenz.

Lausanne, 28. November. (Eig. Drahtmeldung.) Der russische Delegierte Rakowski beginnt, wie in Genua, den Pressevertretern ausführliche Vorträge über die Ziele Rußlands in Lausanne zu halten. Bei dem gestrigen Pressempfang Rakowskis erklärte dieser: Die russische Delegation habe erklärt, daß sie keine Verträge, Konzessionen oder Pakte unterzeichnen könne, wenn sie nicht bei allen Verhandlungen gehört werde. „Wir stützen uns", so sagte Rakowski, „vor allem auf drei Tatsachen: 1. auf die Note Poincarés vom 14. November, 2. auf die Erklärung Mussolinis, nach der die russische Delegation zu allen Verhandlungen zugezogen werden müsse, und 3. auf die Erklärung des amerikanischen Beobachters Child. Die Frage der Grenzziehung der europäischen Türkei, die Frage der Entwaffnung der Inseln im Ägäischen Meer, alles das sind Dinge, die zu dem großen Problem der Meerengen gehören. Rußland wird sich auf nichts einlassen, wenn es nicht zu allen Verhandlungen zugelassen wird."

Auslandsdeutsche und Repko.

Man kann es durchaus begreifen, daß vor einigen Tagen auf dem in Berlin abgehaltenen Kongreß der verdrängten Deutschen aus den verschiedensten Gebieten des Reiches wie aus dem Ausland lebhafte und leidenschaftliche Klagen laut geworden sind über die Verschleppung ihrer Entschädigungsansprüche gegen das Reich. In der Tat läßt der Geschäftsgang gerade bei den hier in Betracht kommenden Behörden außerordentlich zu wünschen übrig, und böse Zungen behaupten, daß das Reichskommissariat für Auslandsschäden bisher nur 2 Milliarden Papiermark zur Auszahlung gebracht, aber mehr als 5 Milliarden für die Gehälter seiner Beamten verbraucht habe. Immerhin wird mit diesen Beschwerden, so berechtigt sie im einzelnen auch sein mögen, nicht der Kern der Sache getroffen. Selbst wenn alle hier in Frage kommenden Instanzen mit der größtmöglichsten Schnelligkeit und Pünktlichkeit arbeiteten, würde das Resultat ein unbefriedigendes bleiben; denn der letzte Grund des Elends der Auslandsdeutschen liegt nicht etwa bei den deutschen Behörden, sondern in dem Versailler Frieden, der die Deutschen in Ost und West, in Nord und Süd wie in Uebersee von ihrem rechtmäßigen Besitz vertrieben und sie einem Elend preisgegeben hat, das zu lindern das durch den Versailler Frieden zerstückelte und verstümmelte Reich völlig außerstande ist.

Es wäre deshalb zu wünschen gewesen, daß die verdrängten Deutschen ihre berechtigte Entrüstung nicht in erster Linie gegen die deutschen Behörden, so manches man diesen auch vorwerfen kann, gerichtet hätten, sondern gegen die sogenannte Reparationskommission, die zufälligerweise gleichzeitig mit dem Kongreß der Verdrängten in Berlin getagt hat. Hier, in den Mauern dieser Kommission, die seit nahezu vier Jahren mit nackter, brutaler Gewalt in Deutschland herrscht, hier liegt die Wurzel alles Uebels, und es gehört zu den erstaunlichsten Tatsachen, daß die Deutschen sich noch immer untereinander angreifen und beschuldigen, statt in entschlossener außenpolitischer Einheitsfront dem feindlichen Vernichtungswillen entgegenzutreten. Wie wenig das bei uns in Deutschland geschieht, wie unklar sich noch immer die weitesten Kreise des deutschen Volkes über die wirklichen Ziele und Absichten der Entente sind, geht u. a. auch aus der Tatsache hervor, daß wir Deutsche uns unter dem Einfluß der geschickten Ententepropaganda allmählich daran gewöhnt haben, die Ententekommission mit dem schönen, von der Entente selbst geprägten Ausdruck „Reparationskommission" zu bezeichnen. Vergeblich haben deutsche Schriftsteller und Politiker gegen diesen Mißbrauch Stellung genommen und darauf hingewiesen, daß der Begriff der „Wiedergutmachung" absichtlich von der Entente eingeführt worden ist, um in uns Deutschen das Bewußtsein eines begangenen Unrechts und der Verpflichtung der Sühne desselben wachzuhalten. Wer die Vorgeschichte wie die Geschichte des Krieges selbst auch nur einigermaßen kennt, und auch nur eine Ahnung von den Ententemethoden moralischer Propaganda hat, kann sich nicht einen Augenblick darüber im Zweifel sein, daß Deutschland gar nichts „wieder gut zu machen" hat, daß es lediglich auf Grund der Lansingdepesche vom 5. November 1918 zur Wiederinstandsetzung Belgiens und Nordfrankreichs verpflichtet ist. Diesen Begriff in den einer moralischen Schuld umgefälscht zu haben, ist ein propagandistisches Kunststück der Entente, das die Deutschen noch immer nicht durchschaut haben.

Die verdrängten Deutschen, von denen besonders die Ueberseeischen den klarsten Einblick in die politischen Methoden der Entente besitzen, dürften als die am unmittelbarsten getroffenen Opfer des Versailler Diktats in erster Linie dazu berufen sein, hier aufklärend zu wirken und im deutschen Volke die Erkenntnis verbreiten zu helfen, daß es nur eine Quelle alles Uebels gibt, das Versailler Diktat, und daß dieses Uebel tagtäglich ausgestaltet und ausgebreitet wird durch die Ententekommission, die man zweckmäßig gerweise in Zukunft statt „Reparationskommission" „Kontributionskommission" nennt. Es handelt sich hier nämlich ganz einfach um die in der Geschichte nicht unbekannte Kriegsentschädigung, die der Sieger dem Besiegten nicht auf Grund seines „Rechtes", sondern auf Grund seiner Gewalt abnimmt, die freilich in einem Ausmaß, wie auf Grund des Versailler Vertrages, der Weltgeschichte bisher unbekannt gewesen ist.

Wesentliche Erhöhung der Zwangsanleihe.

Berlin, 28. November. (Eig. Drahtmeldung.) Reichsrat und Reichstag werden sich in allernächster Zeit mit einem Ergänzungsgesetz zur Zwangsanleihe beschäftigen. Seinerzeit wurde der Betrag der Zwangsanleihe auf rund 1 Milliarde Goldmark geschätzt, aber in Papiermark auf 74 Milliarden festgesetzt. Inzwischen sind diese 74 Milliarden durch die Geldentwertung weit überholt. Das Reichskabinett hat sich deshalb in seiner gestrigen Sitzung mit einem Gesetzentwurf beschäftigt, der eine wesentliche Erhöhung der Zwangsanleihe in Papiermark vorsieht. Der Gesetzentwurf soll sofort an den Reichsrat weitergeleitet werden. Das Reichskabinett hat ferner einem Gesetzentwurf über die Erhöhung der Wohnungsbauabgabe für 1923 seine Zustimmung erteilt.

Heutiger Stand des Dollars 8200!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19221128012/fragment/page=0001

Das Vertrauensvotum und die Börse.

Kaum sind zwei Tage über die große Kundgebung vergangen, mit der die überwältigende Mehrheit des Reichstages dem neuen Kabinett durch die Zustimmung zu dem demokratischen Billigungsantrag die Möglichkeit praktischer Arbeit geschaffen hat, und schon beginnt das zwar gewohnte, aber darum nicht minder bedauerliche Bild sich abzuzeichnen, daß aus den verschiedensten Lagern Bemängelungen und Vorbehalte vorgebracht werden, die geeignet sind, diese parlamentarische Basis der neuen Regierung zu schwächen und schwankend zu machen. Diese Stimmen kommen bemerkenswerterweise gerade aus den Kreisen, von denen man in erster Linie eine bereitwillige Unterstützung des Kabinetts Cuno erwartet hatte. Daß die Abstimmung der Sozialdemokraten unter allen erdenklichen Vorbehalten geschehen war, konnte niemandem zweifelhaft bleiben. Die Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft jedoch dürfte jeder Beobachter des Zustandekommens der neuen Regierung für uneingeschränkten guten Willens halten, sich dem Kabinett zur Verfügung zu stellen. Nun aber beginnt bereits das Zentrum, seine eigene Abstimmung einzuschränken und sie dahin zu erklären, daß sie in der Hauptsache der vom Reichskanzler Cuno zugesicherten Fortsetzung der Wirthschen Politik gegolten habe und keineswegs ein volles Vertrauensvotum sein sollte, sondern nicht mehr als ein „Vertrauensvorschuß". Diese Stellungnahme wird selbstverständlich in der sozialistischen Presse mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, wenngleich sie für diese Kreise auch eine Belehrung darüber enthält, wie unrecht sie getan haben, das Kabinett Cuno als die Regierung der Arbeitsgemeinschaft kennzeichnen zu wollen. Die laue Haltung des Zentrums stärkt den Willen der Sozialdemokraten, gegen das Kabinett Cuno Stellung zu nehmen, wobei man freilich in beiden Lagern die Antwort auf die Frage schuldig bleiben dürfte, was sie wohl bei einer Unmöglichkeit der weiteren Amtsführung dieses „Verlegenheitskabinetts" an seine Stelle zu setzen wüßten.

Die Wirkung derartiger Kundgebungen macht sich bereits geltend, und sie drückt sich, zusammen mit der niederschmetternden Wirkung des fast an die Billion heranreichenden Defizits im Reichshaushalt, am deutlichsten in der Haltung der Börse, aus. Das Kabinett Cuno sollte der deutschen Wirtschaft und der deutschen Politik neues Vertrauen bringen. Die Art, wie es empfangen wird, hat den Dollar bereits wieder an die Achttausendmarkgrenze gebracht. Das sollte den Lauen und den Unbesonnenen eine deutliche Warnung sein.

Zwei deutsche Noten.

Berlin, 27. November. (Eig. Drahtmeldung.) Die Reichsregierung hat eine Note an den Völkerbund gerichtet, die eine Erwiderung auf die Note der polnischen Regierung vom 28. August dieses Jahres darstellt. In ihrer Note hatte die polnische Regierung Deutschland beschuldigt, die polnische Minderheit in Westoberschlesien vernichten zu wollen. Zu diesem Zwecke hätten von den deutschen Behörden unterstützte geheime Organisationen einen Terror entfacht. — Die Note der deutschen Regierung stellt demgegenüber fest, daß die Mißhandlung nationaler Minderheiten in Oberschlesien bereits im April dieses Jahres ihren Anfang genommen und daß sich seitdem zahlreiche von polnischer Seite veranstaltete Ueberfälle abgespielt haben. In der Note wird angeregt, daß von deutscher und polnischer Seite das Material über Ausschreitungen dem Präsidenten Calonder vorgelegt werde, um eine unparteiische Untersuchung herbeizuführen.

Preußischer Landtag.

Stimmungsbild.

Berlin, 27. November. Der Preußische Landtag machte am Montag schnelle Arbeit. Eine große Reihe von Gesetzen wurde ohne erhebliche Aussprache erledigt. Die Vorlage über weitere Staatsmittel für Sicherung der Stromversorgung im Weserquell- und Maingebiet sowie die für die Regelung der Hochwasser-, Deich- und Vorflutverhältnisse an der oberen und mittleren Oder wurden der Ausschußberatung überwiesen. Der Hauptausschuß soll sich mit dem Entwurf zur Vermehrung und Ausgestaltung der staatlichen Grenzkommissariate noch weiter beschäftigen, durch den eine vorübergehende Verstärkung planmäßiger Stellen bei den Grenzkommissariaten besonders in der Provinz Oberschlesien im Interesse einer schärferen Kontrolle verlangt wird. Königsberg soll einen neuen Kriminaldirektor erhalten. Auch mit dem Antrag der Deutschen Volkspartei, im Interesse einer schärferen Kontrolle des Grenzverkehrs zur Abwehr wirtschaftlicher Schädigungen und Spionagegefahr für die Beamten der Landesgrenzpolizei etatsmäßige Stellen zu schaffen, wird sich derselbe Ausschuß noch zu beschäftigen haben. Die bisher reichlich wortene Aussprache erhielt eine recht politische Färbung, als das Haus dann in die Beratung der Abänderung der Verordnung über die einstweilige

Versetzung unmittelbarer Staatsbeamter in den Ruhestand

eintrat. Im Interesse der Festigung der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform, so heißt es in der Begründung, sollen Ministerialdirigenten, Oberpräsidialräte usw. jederzeit in den Ruhestand versetzt werden können, gleichgültig, ob die betroffenen Beamten vor oder nach dem Inkrafttreten der Reichsverfassung angestellt worden sind. Die Deutschnationalen, für die der Abg. Dr. v. Fries sprach, erhoben schwere Bedenken; sie erblickten in dieser gesetzlichen Neuregelung eine weitere Politisierung für Beamtenklassen, von denen eine solche vorher ferngehalten worden sei. Der Redner der Deutschen Volkspartei Abg. v. Eynern wies darauf hin, daß die Vertretung der verschiedenen Parteien in den einzelnen Ressorts dem Gute habe, ausgleichend zu wirken. Schließlich übergingen man den Gegenstand dem Verfassungsausschuß. Die Anträge, die Neuwahlen zu den Gemeindevertretungen bis zum 1. April 1923 zu verlangen, riefen zum Schluß noch eine kleine politische Auseinandersetzung hervor. Man griff den Staatsrat an und warf ihm Sabotage vor. Abg. Dr. Negenborn (Dn.) stellte sich schließend vor ihn und verlangte, daß man seine gutachtliche Aeußerung im Landtag erst hören müsse über die Neuregelung der Gemeinde- und Städteordnung, daß es also nicht angängig sei, wie die Sozialdemokraten es wollten, einfach über ihn zur Tagesordnung übergehen. Schließlich gingen die Anträge an den Gemeindeausschuß und man vertagte sich auf Dienstag.

Die neue Fahrpreiserhöhung ab 1. Januar.

Berlin, 27. November. Mit Wirkung vom 1. Januar ab werden die Fahrpreise für den allgemeinen Verkehr nach folgenden Einheitssätzen berechnet: Für den Kilometer vierter Klasse 4 M., dritter Klasse 6, zweiter 12, erster 24 Mark. Fahrpreise bis zu 100 Mark werden auf volle 2 Mark, über 100 bis 500 Mark auf 10 Mark, über 500 bis 1000 Mark auf 20 Mark, über 1000 bis 2000 Mark auf 50 Mark, über 2000 Mark auf 100 Mark abgerundet. An Schnellzugzuschlägen werden in Zone 1 (1 bis 75 Km.), Zone 2 (76 bis 150 Km.), Zone 3 (über 150 Km.) erhoben für die dritte Klasse 100, 200 und 300 Mark, für die zweite Klasse 200, 400 und 600 Mark, erste Klasse 400, 800 und 1200 Mark. Die Gepäckfracht wird ab 1. Januar auf 1 Mark, bisher 40 Pf., für je 10 Kilogramm einen Kilometer erhöht. Die Mindestfracht wird auf 100 Mark, bisher 40, festgesetzt. Der Expreßguttarif entspricht jeweils dem um 60 Prozent erhöhten Eilguttarif.

Rahardt vor Gericht.

Till Berlin, 28 November (Eig. Drahtmeldung.) Gestern begann der Prozeß gegen den früheren Präsidenten der Berliner Handwerkskammer, Ehrendoktor und Landtagsabg. Karl Rahardt, der sich mit sieben anderen Mitangeklagten wegen Betruges, versuchter Bestechung und anderen Delikten zu verantworten haben wird. Mit Rahardt sind angeklagt dessen Sohn, der Kaufmann Erich Rahardt, Handwerkskammerbeamter Oskar Hoffmann, Baumeister Albert Sonnenburg, der frühere Intendanturbeamte Walter Müller, die Kaufleute Albert Römer und Albert Rolt, sowie der frühere Angestellte des Reichsverwertungsamtes Gustav Kruse. Die Anklage legt Rahardt zur Last, daß er sich des Betruges gegenüber der Heeresverwaltung durch unlautere Machenschaften und durch Bestechung schuldig gemacht habe. Die Militärverwaltung hatte während des Krieges das Gebäude der Handwerkskammer gemietet, und achte der Kammer außer der Miete auch nach Kriegsende eine Entschädigung für Abnutzung und Beschädigung der von den Soldaten bewohnten Räumlichkeiten. Die Anklage behauptet nun, daß Rahardt eine höhere Summe von der Militärverwaltung gefordert und erhalten haben soll, als der Handwerkskammer zugestanden habe. Insgesamt hat die Heeresverwaltung der Handwerkskammer einen Betrag von 500 000 Mark gezahlt. Von dieser Summe soll nach der Anklage Rahardt 15 000 Mark unrechtmäßig für sich verwandt haben. Der Angeklagte bestreitet, sich schuldig gemacht zu haben und hat einen umfangreichen Gegenbeweis angeboten — Weiter wird Rahardt

Betrug gegenüber der Heeresverwaltung

im Interesse seines Sohnes zur Last gelegt. Rahardt soll für seinen Sohn, der mit den Kaufleuten Römer und Rolt ein Geschäft betrieb, Heereslieferungen gemacht haben. Die Heereslieferungen wurden mit Kriegsanleihe bezahlt, die damals von der Heeresverwaltung zum vollen Nennwert angenommen wurde, obwohl ihr Kurs etwa 20 Proz. unter Pari lag. Allerdings war von den Beteiligten bei dieser Zahlung zur Bedingung gemacht worden, daß nur auf solcher Kriegsanleihe gezahlt werden dürfe, die der Käufer während des Krieges selbst gezeichnet hatte. — Die Verhandlung wird voraussichtlich mehrere Wochen dauern und über 100 Zeugen sollen gehört werden. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob Rahardt sich des Betrugs gegen die Handwerkskammer schuldig fühle, erklärte der Angeklagte: „Um Gottes willen, nein. Ich fühle mich auch in keiner Weise schuldig eines Betruges und keiner Veruntreuung gegen die Heeresverwaltung und die Reichsverwertungsstelle. Auch Bestechung kommt nicht in Frage." — Die übrigen Angeklagten erklärten gleichfalls, daß sie sich nicht schuldig fühlen. Zur Sprache kommt im weiteren Verlauf der Vernehmung Rahardts, daß gegen ihn etwa sechs Verfahren schweben, die später zu Verhandlung mit zwei Wiederholungen vor das Schwurgericht kommen werden. Der ganze erste Verhandlungstag war mit der Vernehmung der Angeklagten Rahardt Vater, Hoffmann und Sonnenburg ausgefüllt. In die Vernehmung der Angeklagten knüpfte sich eine eingehende Befragung seitens der Reichsanwälte Grünspach, Schwoller, Müller, Stromeyer und Bayer.

Krankenversicherungsgrenze 720 000 Mark.

Berlin, 26. November. Der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten erledigte in einer Sitzung nach Beendigung des Plenums eine Vorlage, welche die Grundlöhne für die Krankenversicherung auf 600 und 1800 Mark erhöht und die Versicherungsgrenze auf 720 000 Mark festsetzt.

Der Reichstag wird am Montag, dem 4. Dezember, nachmittags 2 Uhr, wieder zusammentreten. Auf der Tagesordnung stehen zunächst zwei Interpellationen, die eine des Zentrums, die andere der Deutschnationalen, die sich mit dem Kulturkampf beschäftigen, bei der Regierung in Sachsen, Thüringen und Braunschweig durch ihre religiösen Erlasse entfacht haben. Sodann soll die neue Beamtenbesoldung in erster und zweiter Lesung beraten werden. Dritter und vierter Punkt der Tagesordnung sind die ersten und zweiten Lesungen der Gesetze über die Erhaltung der Kriegergräber aus dem Weltkrieg und die Aenderung des Lichtspielgesetzes. Endlich soll die neue Geschäftsordnung für den Reichstag weiter besprochen werden.

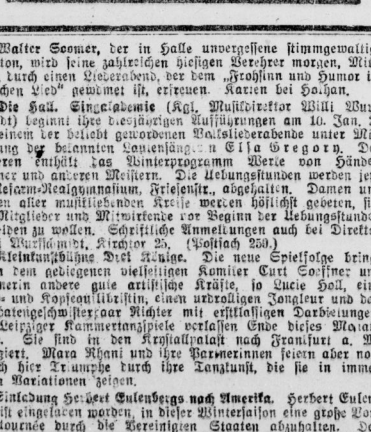
Weimar und die Reichseinheit. Bei der Stiftungsfeier der Universität Heidelberg hielt der neue Rektor, Geheimrat Anschütz, der berühmte Kommentator der Weimarer Verfassung, eine Rede über deren Leitgedanken. Nach dem „Heidelberger Tageblatt" unterstrich er ihre großen Fortschritte gegenüber derjenigen vom 1871. Das Reich sei jetzt nicht mehr ein Bündnis von Fürsten oder gar ein jederzeit wieder auflösbarer Verein. Das gerade empfänden die Franzosen so peinlich, daß Weimar das geschlagene Deutschland, seinen Staat, fester zusammengeschmiedet habe als vor vorher.

Aufhebung der Brotgetreide-Zwangswirtschaft im nächsten Jahre? In bayerischen Landtag teilte der Landwirtschaftsminister Wutzlhofer noch mit, daß die Markenbrotversorgung bis zum 15. August 1923 gesichert sei. Die Zwangswirtschaft für Brotgetreide könne für das nächste Jahr nicht mehr aufrechterhalten werden, weil das Mandatendefizit der Reichsgetreidestelle von der Garantiekommission nicht mehr geduldet werde.

Todesstrafe für Lebensmittelschieber. Aus Kreisen der Bayerischen Mittelpartei und der Deutschen Volkspartei erging folgender Antrag: Die Staatsregierung hat alsbald geeignete Maßnahmen zu treffen, um Molkereiprodukte und Fleisch für die Bevölkerung Bayerns und wichtige Teile des Reichs in ausreichender Menge zu erhalten, und die Verminderung ihrer Menge durch Verschiebung ins Ausland mit den schärfsten Mitteln, einschließlich Einziehung des ganzen Vermögens und durch Verhängung der Todesstrafe entgegenzutreten.

Mussolini besteht auf Reparationen.

Mailand, 28. November. (Eig. Drahtmeldung.) Der italienische Ministerpräsident Mussolini fährt fort, im Hinblick auf die Brüsseler Konferenz gegenüber der Oeffentlichkeit zu betonen, daß Deutschland zahlen könne und müsse. Dieses Mal ist es der Korrespondent des „Corriere della Sera", dem Mussolini seine Erklärungen abgegeben hat. Er wiederholt, daß unter den jetzigen finanziellen Verhältnissen Italien keinen großmütigen Verzicht auf die Reparationen machen könne. Deutschlands Valuta-Elend sei nur künstlich herbeigeführt. In welchem Umfange es zahlen könne, müßten die Sachverständigen feststellen. Aber Deutschland könne und müsse zahlen. Gerade die Finanzleute hätten festgestellt, daß es mit den Goldvorräten der Reichsbank seine Bewandtnis habe und daß es Deutschland gelungen sei, Goldvorräte anzuhäufen.



Kunst und Wissenschaft

Vierter Philharmonisches Konzert.

Der Leiter der Kölner Gürzenich-Konzerte, Generalmusikdirektor Prof. Hermann Abendroth, feierte als Gastdirigent der Philharmonie Triumphe, wie man sie hier in ähnlichen Dimensionen nur ausnahmsweise zu erleben gewohnt ist, etwa als Nikisch oder Fritz Busch hier zu Gaste weilten. In der Tat lernten wir in Abendroth einen Musiker kennen, der aus dem Vollen schöpft, dessen Temperament voll überschäumender Kraft zur Entladung drängt und der, so sehr er auch selbst offenbar von seinem Stoff gepackt und mitgerissen wird, doch stets mit überlegener Sicherheit über der Sache steht und sein Orchester mitunter fest hält. So gelang es ihm, das ihm mit Hingebung Gefolgschaft leistende Stadttheaterorchester zu Höchstleistungen anzuspornen, die es berechtigten, von den gespendeten Beifallskundgebungen seinen Anteil zu empfangen.

Der Abend war auf Moll gestimmt, Schumann und Brahms erhielten das Wort. Von Schumann wurde die D-Moll-Sinfonie geboten. Auch auf sie kann man, wie Schumann selbst von der ersten in D-Dur gesagt hat, das Wort anwenden, daß sie „in feuriger Stunde geboren" ist. Ein Zug von ursprünglicher Leidenschaftlichkeit weht durch das ganze, thematisch durch deutlich erkennbare Fäden einheitlich verknüpfte Werk, dessen bis zum letzten Presto unaufhaltsam vorwärtsreibendes Stürmen und Drängen durch Abendroth restlos vermittelt wurde.

Von ganz anderer Art ist Brahms C-Moll-Sinfonie. Hier offenbart sich nicht eine über alle Hindernisse sieghaft hinwegstürmende elementare Naturkraft, sondern wir erleben das schwere Ringen zweier hartnäckig miteinander verbissener Gegner. Ein schwerer, dumpfer Druck lastet über dem Ganzen, chromatisch sich windende Stimmen, heftige synkopierte Rhythmen bestimmen seinen Charakter, und selbst dem in lichtere Gefilde führenden Finale fehlt jener wolthabgewinnende Optimismus eines Beethoven, mit dessen Fünfter man darum diese Sinfonie nur mit Vorbehalt in Parallele setzen darf. Es ist ein Sieg, aber ein Sieg, der auch den Sieger erschöpft hat. Man kann wohl sagen, daß Abendroth mehr aus der Sinfonie herausholte, als vielleicht ihr Autor selbst vermutet hat. Er durchleuchtete sie mit den Funken seines eigenen starken Musikantentemperaments und machte die großen melodischen Linien und die rhythmischen Energien so außerordentlich lebendig, daß man oft die zweifellos vorhandenen Sprödigkeiten ganz vergaß. Der Eindruck war denn auch ungewöhnlich stark und entlud sich in stürmischen Ovationen.

Schumanns Cello-Konzert A-Moll ist ein seltener Gast. Es ist einer der letzten Lichtblicke des Meisters und verdient keineswegs die Vernachlässigung, die ihm beschieden ist. In Professor Georg Wille erstand ihm ein Sprecher, der mit unendlich blühendem Ton und feinem poetischen Empfinden die auf virtuosen Prunk verzichtende Schönheit des Werkes offenbar werden ließ. Man feierte den geschätzten Künstler lebhaft, und er erwies sich mit zwei Extraspenden als äußerst zugabefreudig.

Dr. H. Kleemann.

Stadttheater. Heute, 7½ Uhr, wird Verdis Oper „Ein Maskenball" zum ersten Male wiederholt. Mittwoch, 7½ Uhr, „Der fliegende Holländer" mit Sonnen in der Titelpartie und Maria Gimnel-Dworski als Senta. Donnerstag „Die versunkene Glocke. — Die Stammkarten-Inhaber des Stadttheaters werden nochmals gebeten, die auf ihre Stammkarten durch Erhöhung der Eintrittspreise fällige Nachzahlung möglichst bald an der Kasse des Stadttheaters zu leisten.

Die zweite Morgenfeier des Stadttheaters, die am Sonntag, 11¼ Uhr vormittags, stattfindet, gilt den markanten Dichterpersönlichkeiten des deutsch-österreichischen Truberlandes. Dr. Hugo Bieber, der ausgezeichnete Literaturhistoriker, der R. M. Meyers Literaturgeschichte für die neueste Zeit fortsetzung bearbeitet und fortgeführt hat, wird in seinem einleitenden Vortrag die Jung-Wiener Dramatiker Hermann Bahr, Arthur Schnitzler, Hugo von Hofmannsthal und Stefan Zweig zu einem literarischen Gesamtbilde der österreichischen Vorkriegsliteratur und ihres Theaters verbinden. Danach kommen „Die Frau im Fenster", dramatisches Gedicht von Hofmannsthal und „Abschiedssouper" (aus dem Anatol Zyklus) von Schnitzler zur Aufführung.

Der bunte Abend zum Besten der Altershilfe, den die Mitglieder des Stadttheaters heute im Thalia-Theater veranstalten, beginnt um 8 Uhr. Karten eine halbe Stunde vor Beginn an der Kasse des Thalia-Theaters. Der Ertrag des Abends fließt ohne Abzüge von Honoraren ganz dem Fonds der Altershilfe zu.

Zu Ehren des Herrn Geheimrats Prof. Dr. Strauch, der während der akademischen Ferien seinen 70. Geburtstag feiern konnte, findet am Mittwoch, 29. d. M., abends 6 Uhr, im Melanchthonanum eine Festfeier des Deutschen Gemnasiums statt. Alle ehemaligen und jetzigen Schüler sind freundlichst hierzu eingeladen. Abends 8 Uhr zwanglosen Zusammensein in der „Stadt Hamburg", nicht in der „Tulpe", wie irrtümlich mitgeteilt.

Der Hallesche Kunstverein läßt durch Professor Karl Lichtbildervorträge über das Thema „Griechische Heiligtümer" im Auditorium maximum halten. Erster Vortrag „Olympia" am 29. November, 8 Uhr. Karten bei Hothan, Niemeyer und an der Abendkasse.

Walter Soomer, der in Halle unvergessene stimmgewaltige Bariton, wird seine zahlreichen hiesigen Verehrer morgen, Mittwoch, durch einen Liederabend, der dem „Frohsinn und Humor im deutschen Lied" gewidmet ist, erfreuen. Karten bei Hothan.

Die Hall. Singeakademie (Kgl. Musikdirektor Willi Wurzschmidt) beginnt ihre diesjährigen Aufführungen am 10. Jan. 23 mit einem der beliebt gewordenen Balsliederabende unter Mitwirkung der bekannten Lieder-Sängerin Elsa Gregory. Das weiteren enthält das Winterprogramm Werke von Händel, Pfitzner und anderen Meistern. Die Uebungsstunden werden jetzt im Reform-Realgymnasium, Friesestr., abgehalten. Damen und Herren aller musikliebenden Kreise werden höflichst gebeten, sich als Mitglieder und Mitwirkende vor Beginn der Uebungsstunden anmelden zu wollen. Schriftliche Anmeldungen auch bei Direktor Willi Wurzschmidt, Kirchtor 25, (Postfach 250.)

Kleinkunstbühne Drei Könige. Die neue Spielfolge bringt neben dem gediegenen vielseitigen Komiker Curt Goeffner und Partnerin andere gute artistische Kräfte, so Lucie Hall, eine Hand- und Kopfequilibristin, einen urdrolligen Jongleur und das Akrobatengeschwisterpaar Richter mit erstklassigen Darbietungen. Die Leipziger Kammertanzspiele verlassen Ende dieses Monats Halle. Sie sind in den Krystallpalast nach Frankfurt a. M. engagiert. Mara Rhani und ihre Partnerinnen feiern aber noch täglich hier Triumphe durch ihre Tanzkunst, die sie in immer neuen Variationen zeigen.

Einladung Herbert Eulenbergs nach Amerika. Herbert Eulenberg ist eingeladen worden, in dieser Wintersaison eine große Vortragstournee durch die Vereinigten Staaten abzuhalten. Der Dichter, der als Haupt der Romantischen Schule in Deutschland gilt, wird seine Reise in Kürze antreten.

Die Gründe für Paulsens Verbleiben am Burgtheater. Zu der Meldung, daß der Regisseur Paulsen seine Demission zurückgezogen hat und weiterhin Burgtheaterdirektor bleiben wird, kann ergänzend hinzugefügt werden, daß für Paulsens Entschluß in erster Linie der Umstand entscheidend gewesen ist, daß er in den Tagen der Krise ebenso seltens der Mehrzahl der Mitglieder des Burgtheaters wie seitens der Staatstheaterverwaltung Beweise des vollen Vertrauens in seine Führung der Burgtheaterangelegenheiten erhalten hat. Die unmittelbare Veranlassung zu der Rückziehung der Demission bildete eine einmütige Vertrauenskundgebung des gesamten Burgtheaterpersonals, das die Bitte an ihn richtete, die Leitung des Theaters sofort wieder zu übernehmen, da er unter den gegenwärtigen Verhältnissen die einzige dazu berufene Persönlichkeit sei. Dieser Kundgebung hat sich auch Oberregisseur Max Devrient ausdrücklich angeschlossen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19221128012/fragment/page=0002